

# **ALLGEMEINE EINKAUFSDINGUNGEN FÜR DEN KAUF VON STANDARDSOFTWARE**

## **1 GELTUNGSBEREICH, PARTEIEN UND GEGENSTAND DES VERTRAGES, RANGFOLGE**

- 1.1 Diese Besonderen Einkaufsbedingungen („B-AEB Standardsoftware“) gelten für sämtliche Verträge über den Kauf von Standardsoftware (nachfolgend „Vertragsleistungen“) der beauftragenden LSW Netz GmbH & Co. KG „AG“ gegenüber den Auftragnehmern.
- 1.2 Der „Vertrag“ besteht aus der korrespondierenden Bestellung, diesen B-AEB Standardsoftware, der Anlage "Verpflichtung zur Informationssicherheit" sowie den die Vertragsleistungen konkretisierenden Anlagen. Die einzelnen Bestandteile des Vertrages gelten ergänzend oder im Falle von Abweichungen oder Widersprüchen in folgender absteigender Rangfolge:
  - 1.2.1 die Bestimmungen des Vertrages und/oder der Bestellung mit den ggf. vereinbarten Anlagen zum Datenschutz sowie Anforderungen der Informationssicherheit & Technische und organisatorische Maßnahmen zum Datenschutz
  - 1.2.2 die in dem Vertrag oder der Bestellung aufgeführten weiteren Vertragsbedingungen
  - 1.2.3 diesen B-AEB Standardsoftware
- 1.3 Diese B-AEB Standardsoftware vom AG gelten ausschließlich. Etwaigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers wird hiermit ausdrücklich widersprochen; sie verpflichten AG auch dann nicht, wenn AG ihrer Geltung nicht noch einmal bei Vertragsschluss widerspricht. Die vorliegenden B-AEB Standardsoftware gelten auch für alle zukünftigen Geschäfte zwischen den Vertragsparteien mit Bezug zu dem in Ziffer 1.1 genannten Vertragsgegenstand, ohne dass es eines erneuten Hinweises auf die B-AEB Standardsoftware bedarf (auch bei Akzeptanz entgegenstehender AGB, z.B. im Rahmen einer Installation).
- 1.4 Diese B-AEB Standardsoftware gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne von § 14 BGB, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.

## **2 BESTELLUNGEN UND SONSTIGE VERTRAGSÄNDERUNGEN**

- 2.1 Bestellungen und sonstige Änderungen des Vertrages sind nur gültig, wenn sie schriftlich oder in Textform erfolgen. Dies gilt auch für nachträgliche Änderungen und Ergänzungen.
- 2.2 Änderungen und/oder Erweiterungen des Liefer- und Leistungsumfanges, die sich im Rahmen der Vertragserfüllung anhand der für den Auftragnehmer verfügbaren Informationen als erforderlich erweisen, wird der Auftragnehmer gegenüber AG unverzüglich in Textform anzeigen. Sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des AG in Textform.
- 2.3 Weitere Bestellungen im Zusammenhang mit Vertragsleistungen bilden jeweils eine Einheit mit im Übrigen vereinbarten Vertragsleistungen. Rechte vom AG zur Kündigung und/oder zum Rücktritt wegen Pflichtverletzungen des Auftragnehmers begründen das Recht vom AG, die Leistungsbeziehungen ganz oder teilweise zu beenden, soweit die Verwendung von Vertragsleistungen nach dem jeweiligen technischen/kommerziellen Zusammenhang mit den unmittelbar von der Pflichtverletzung betroffenen Vertragsleistungen belastet wird.

## **3 DOKUMENTATION, BESCHAFFENHEIT DER LEISTUNGEN, PERSONAL**

- 3.1 Der Auftragnehmer liefert eine vollständige und klar verständliche Dokumentation der Standardsoftware. Die Dokumentation der Standardsoftware ist in Deutsch sowie in ausgedruckter oder ausdrückbarer Form zu liefern. Die Dokumentation kann vom AG nach Bedarf vervielfältigt, genutzt und bearbeitet werden.
- 3.2 Die Standardsoftware wurde vor der Auslieferung an AG mit einem aktuellen Virensuchprogramm überprüft. Der Auftragnehmer erklärt, dass die Überprüfung der Standardsoftware keine Hinweise auf Viren, Würmer, Spionagesoftware, Trojaner oder Ähnliches ergeben hat.
- 3.3 Der Auftragnehmer macht AG unverzüglich darauf aufmerksam, wenn aus den definierten Spezifikationen oder vorgegebenen Standards, aus den eingesetzten Software-Tools oder deren Zusammenwirken Risiken oder zusätzliche Aufwendungen entstehen können oder solche Risiken oder zusätzliche Aufwendungen veröffentlicht oder dem Auftragnehmer sonst bekannt werden. Der Auftragnehmer weist auf mögliche Lösungsansätze hin.
- 3.4 Der Auftragnehmer erbringt die Vertragsleistungen nach dem bei Vertragsabschluss aktuellen Stand der Technik und durch Personal, das für die Erbringung der Vertragsleistungen qualifiziert ist. Der Auftragnehmer wird AG auf relevante Veränderungen des Standes der Technik hinweisen, wenn diese Einfluss auf die Vertragsleistungen haben und erforderliche Änderungen implementieren.
- 3.5 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Vertragsleistungen für die sich aus dem Vertrag ergebenden Zwecke geeignet und im Einklang mit den anwendbaren Gesetzen nutzbar sind.

- 3.6 Da es aus Sicht eines IT-Kunden regelmäßig kaum möglich ist, die Ursache von Störungen festzustellen, hat der Auftragnehmer beim Auftreten von Störungen in Vertragsleistungen darzulegen und zu beweisen, dass die Störungen nicht ganz oder teilweise durch Pflichtverletzungen des Auftragnehmers verursacht worden sind.
- 3.7 Soweit für die vereinbarungsgemäße Nutzung der Vertragsleistungen eine Zugriffssoftware des Auftragnehmers erforderlich ist, wird der Auftragnehmer diese Zugriffssoftware ebenfalls zur Verfügung stellen. Eine solche Zugriffssoftware gilt dann als Teil der Vertragsleistungen. Soweit für die vereinbarungsgemäße Nutzung der Vertragsleistungen (i) ein bestimmter Internet-Browser oder (ii) eine Zugriffssoftware eines anderen Anbieters erforderlich ist, wird der Auftragnehmer hierüber vor Abschluss der Bestellung informieren sowie eine für AG verwendbare Version benennen.
- 3.8 Der Auftragnehmer hat AG Bedenken gegen die vorgesehene Art der Ausführung oder gegen die Leistung anderer Unternehmer unverzüglich mitzuteilen, soweit dies den Auftragsumfang des Auftragnehmers betrifft.

---

#### **4 LEISTUNGSEMPFÄNGER**

- 4.1 Leistungsempfänger sind alle Nutzer.
- 4.2 Mit „Nutzer“ sind hierbei eine unbeschränkte Anzahl von Personen gemeint, die vom AG zur Nutzung der Vertragsleistungen berechtigt sind. Diese Personen können Mitarbeiter des AG sowie vom AG beauftragte bzw. eingesetzte Dritte sowie deren Mitarbeiter sein.

---

#### **5 ZUSAMMENARBEIT DER PARTEIEN, INTEGRITÄT UND COMPLIANCE, ARBEITSSICHERHEIT**

- 5.1 Der Auftragnehmer verspricht, dass er bezogen auf die Vertragsleistungen über umfassende Expertise und Erfahrungen beim Einsatz der Vertragsleistungen für den Vertragszweck verfügt, auf die AG sich verlassen darf. Eine gesellschaftsrechtliche Verbindung zwischen den Parteien wird nicht begründet.
- 5.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, AG bei Vertragsschluss einen kompetenten Ansprechpartner zu benennen, der notwendige Auskünfte erteilen und Entscheidungen für den Auftragnehmer treffen kann. Anweisungen des AG im Hinblick auf die Vertragsleistungen werden ausschließlich diesem Ansprechpartner gegenüber erteilt.
- 5.3 Für AG sind Integrität und Compliance von besonderer Bedeutung. AG misst ferner sozialer Verantwortung im Rahmen unternehmerischer Aktivitäten eine hohe Bedeutung bei. Dies vorausgeschickt verpflichtet sich der Auftragnehmer, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption und anderen strafbaren Handlungen zu ergreifen.
- 5.4 Sofern Leistungen in den Geschäftsräumen des AG erbracht werden, gilt Folgendes: AG erfasst Betriebs- und Dienstweegeunfälle eigener Mitarbeiter und für sie tätiger fremder Leistungserbringer. Die Erfassung dient der Verbesserung der Arbeitssicherheit. Wenn ein vom Auftragnehmer oder seinen Subunternehmern eingesetzter Leistungserbringer auf dem Weg zum bzw. vom Leistungsort (Dienstweegeunfall) oder am Leistungsort im Rahmen der vereinbarten Tätigkeit (Betriebsunfall) einen Unfall erleidet, teilt der Auftragnehmer dies und die weiteren Einzelheiten der örtlichen Sicherheitsfachkraft des AG schriftlich mit. Vorstehende Unfallmeldung gegenüber der AG entbindet den Auftragnehmer nicht von bestehenden gesetzlichen Meldepflichten, wie insbesondere die Pflicht zur Meldung an die Berufsgenossenschaft.
- 5.5 Die Leistungserbringer verbleiben unabhängig davon, ob sie beim AG auf längere Zeit eingesetzt werden, organisatorisch beim Auftragnehmer oder dessen Subunternehmern. Ausschließlich der Auftragnehmer ist gegenüber seinen Leistungserbringern weisungsbefugt, er führt seine Leistungserbringer eigenständig. Die Leistungserbringer treten in kein Arbeitsverhältnis zum AG, auch dann nicht, soweit sie Leistungen in deren Räumen erbringen.

---

#### **6 LEISTUNGSZEIT**

- 6.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche in diesem Vertrag definierten Termine einzuhalten. Er wird AG unverzüglich in Textform informieren, wenn Umstände eintreten oder ihm bekannt werden, aus denen sich ergibt, dass vereinbarte Termine nicht eingehalten werden können und im Einvernehmen mit AG einen neuen Termin benennen. Für die Geltendmachung der Ansprüche der Parteien gelten die initial vereinbarten Termine unabhängig von der Benennung neuer Termine fort.
- 6.2 Auf das Ausbleiben notwendiger, vertraglich vereinbarter Mitwirkungspflichten seitens AG kann sich der Auftragnehmer nur berufen, wenn diese trotz Aufforderung in Textform nicht innerhalb einer von ihm gesetzten angemessenen Frist erbracht werden.

---

#### **7 ERFÜLLUNGORT, EIGENTUMS- UND GEFAHRÜBERGANG**

- 7.1 Erfüllungsort der Vertragsleistungen ist die in der Bestellung angegebene Lieferanschrift. Dabei ist jeder Leistung ein Lieferschein bzw. ein prüffähiger Leistungsnachweis beizufügen. Der Transport erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Auftragnehmers.

- 7.2 Die Lieferung der Standardsoftware gilt als erfüllt, wenn sie (nebst Dokumentation) am Erfüllungsort eingegangen bzw. der Download vollständig und mängelfrei erfolgt ist und AG einwandfreie Funktionstests abgeschlossen hat.
- 7.3 Das Eigentum an den Lieferungen geht mit Eintreffen der Lieferung auf dem Betriebsgelände bzw. – sofern vertraglich vorgesehen – mit dem vollständigen und mängelfreien Download auf AG über, soweit AG nicht bereits vorher kraft Gesetz oder durch gesonderte Vereinbarung Eigentum an der Lieferung oder einzelnen Teilen erworben hat. Bis zur Erklärung, dass der Funktionstest erfolgreich abgeschlossen wurde, verbleiben die Verkehrssicherungspflicht und die Gefahr des zufälligen Untergangs bzw. der zufälligen Verschlechterung beim Auftragnehmer. Wenn keine solche Erklärung vereinbart ist, geht die Gefahr auf AG über, nachdem die Lieferungen/Leistungen dem AG am Erfüllungsort vertragsgemäß übergeben worden sind (inklusive etwaig erforderlicher Lizenzschlüssel/Token).

---

## 8 MÄNGELRÜGE

Bei der Lieferung von Waren, die AG gemäß § 377 HGB untersuchen muss, beträgt die Frist zur Untersuchung und Rüge eines offenen Mangels der Ware 30 Kalendertage ab Entgegennahme der Lieferung. Die Rügefrist bei versteckten Mängeln beträgt 14 Kalendertage ab Entdeckung des Mangels.

---

## 9 DOKUMENTATION

Soweit der Auftragnehmer nach den Vertragsbestimmungen an AG Dokumente zu übergeben hat, sind diese in deutscher Sprache, sofern nicht abweichend vereinbart, und mit marktüblichen Versionen von MS-Word, MS-Excel und MS-Project zu erstellen und in diesen Formaten und in elektronischer Form (einfache Ausfertigung) an AG zu übergeben.

---

## 10 GEWÄHRLEISTUNG, VERJÄHRUNG

- 10.1 Soweit in diesen AGB nichts Abweichendes geregelt ist, gelten die gesetzlichen Gewährleistungsregelungen. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung vom Auftragnehmer aufgewendeten Kosten trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Die Schadensersatzhaftung vom AG wegen unberechtigter Mangelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haftet AG jedoch nur, wenn AG erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt hat, dass kein Mangel vorlag. Vereinbarungen über Service Level Agreements („SLA“) gelten zusätzlich zu Gunsten von AG und lassen sonstige Rechte unberührt.
- 10.2 Die gesetzlich bestimmten Regressansprüche vom AG innerhalb einer Lieferkette (Rückgriff des Unternehmers gemäß §§ 445a, 478 BGB) stehen AG neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. AG ist insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Nachlieferung) vom Auftragnehmer zu verlangen, die AG seinem Abnehmer im Einzelfall schuldet. AGs gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.
- 10.3 Bevor AG einen von seinem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennt oder erfüllt, ist AG berechtigt, den Auftragnehmer zu benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme zu bitten. Erfolgt die Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von AG tatsächlich gewährte Mängelanspruch als dem Abnehmer von AG geschuldet; dem Auftragnehmer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
- 10.4 Die Verjährungsfrist beträgt 3 Jahre ab vollständiger Lieferung bzw. ab vollständigem und mängelfreiem Download der Standardsoftware.

---

## 11 NUTZUNGSRECHTE

- 11.1 Der Auftragnehmer räumt hiermit AG das nicht-ausschließliche, räumlich und zeitlich unbeschränkte, unwiderrufliche, übertragbare, unterlizenzierbare Recht ein, die Vertragsleistungen zu den Zwecken dieses Vertrages durch die Nutzer zur gleichen Zeit zu nutzen bzw. nutzen zu lassen (nachfolgend „Nutzungsrecht“ genannt).
- 11.2 Das Nutzungsrecht gilt für eine unbegrenzte Anzahl von Nutzern, soweit eine Nutzeranzahl nicht abweichend in der Bestellung vereinbart ist.
- 11.3 AG ist berechtigt, von der Standardsoftware Kopien zu Sicherungszwecken herzustellen. Die einer ordnungsgemäßen Datensicherung dienenden Vervielfältigungen der Standardsoftware sind Teil des bestimmungsgemäßen Gebrauchs.
- 11.4 Ist AG zur Übertragung der Nutzungsrechte berechtigt, so darf eine Kopie zu Prüf- und Archivierungszwecken behalten werden.
- 11.5 Der Auftragnehmer sichert zu, dass in der Standardsoftware keine Kopier- und Nutzungssperren enthalten sind.

- 11.6 AG erhält oder behält an allen Daten, die von AG zugänglich gemacht wurden oder die für AG bzw. auf Anweisung vom AG erzeugt oder verarbeitet wurden, das ausschließliche und zeitlich unbeschränkte Recht, diese in allen Nutzungs- und Verwertungsformen zu verwenden, soweit gesetzlich oder durch diese B-AEB Standardsoftware (insbesondere durch anwendbare Datenschutzbestimmungen) nicht ausdrücklich etwas anderes vorgeschrieben ist.

---

## 12 SCHUTZRECHTSVERLETZUNG

- 12.1 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass durch die vertragsgemäße Nutzung der Vertragsleistungen Urheberrechte oder sonstige Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden. Der Auftragnehmer wird AG und alle Leistungsempfänger von etwaigen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung dieser Rechte freistellen und im Übrigen schadlos halten.
- 12.2 Werden durch die vereinbarten Lieferungen und/oder Vertragsleistungen bzw. durch deren Nutzung Rechte Dritter verletzt, so wird der Auftragnehmer entweder AG das Recht zur unbelasteten Nutzung auf eigene Kosten verschaffen oder die betroffenen Lieferungen und/oder Vertragsleistungen auf eigene Kosten unverzüglich so abändern, dass die betroffenen Lieferungen und/oder Vertragsleistungen schutzfrei gestellt werden, dennoch aber die in diesem Vertrag definierten Anforderungen erfüllen. Weitergehende Ansprüche und Rechte des AG bleiben hiervon unberührt.

---

## 13 MITWIRKUNGSPFLICHTEN VOM AG

Mitwirkungspflichten des AG bedürfen der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform. Gleiches gilt, wenn der Auftragnehmer nach Vertragsschluss feststellt, dass weitere Mitwirkungspflichten notwendig werden. Unabhängig von ihrer Bezeichnung sind Mitwirkungen vom AG als Obliegenheiten vereinbart.

---

## 14 VERGÜTUNG UND ZAHLUNGSBEDINGUNGEN

- 14.1. Die vom AG an den Auftragnehmer für die Erbringung der Vertragsleistungen zu zahlende Vergütung sowie Einzelheiten zu den Zahlungsbedingungen sind in der korrespondierenden Bestellung festgelegt. Die in der korrespondierenden Bestellung festgelegte Vergütung deckt sämtliche vom Auftragnehmer zu erbringenden Vertragsleistungen, insbesondere die Einräumung aller in diesem Vertrag vereinbarten Nutzungsrechte, ab.
- 14.2. Nebenkosten wie Spesen und Sachaufwendungen werden – abzüglich der abzugsfähigen Vorsteuern – nur dann erstattet, wenn dies ausdrücklich in der korrespondierenden Bestellung vereinbart worden ist und die Originalbelege vorgelegt werden.
- 14.3. Zahlungen vom AG gelten nicht als Anerkenntnis, Billigung einer Leistung oder Verzicht auf Mängelrügen.

---

## 15 SUBUNTERNEHMER

- 15.1 Ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des AG darf der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus dem Vertrag weder ganz noch teilweise auf Subunternehmer übertragen oder die ihm übertragenen Leistungen an Subunternehmer weitergeben.
- 15.2 Stimmt AG dem Einsatz von Subunternehmern zu, bleibt der Auftragnehmer für die Erfüllung dieses Vertrags als Generalunternehmer verantwortlich.
- 15.3 Als Subunternehmer gelten vom Auftragnehmer zur Erbringung der Vertragsleistungen eingesetzte Dritte. Hierzu gehören auch alle mit dem Auftragnehmer verbundenen Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG.
- 15.4 Der Auftragnehmer darf seine Subunternehmer nicht daran hindern, mit AG Verträge über andere Leistungen abzuschließen.
- 15.5 Setzt der Auftragnehmer Subunternehmer ohne Zustimmung des AG ein, hat AG das Recht, vom Vertrag zurückzutreten und/oder Schadensersatz zu verlangen.

---

## 16 VERSICHERUNGEN

Der Auftragnehmer versichert, eine Haftpflichtversicherung mit branchenüblichen Konditionen für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mit einer Deckungssumme von mindestens EUR 1,5 Mio. pro Schadensfall zu haben, die auch Schäden aus Herstellung und Zurverfügungstellung von Software umfasst. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diesen Versicherungsschutz mindestens bis zum Ende sämtlicher Verpflichtungen aus diesem Vertrag aufrechtzuerhalten. Die Einhaltung dieser Verpflichtung ist AG auf Verlangen nachzuweisen; geringere Deckungssummen sind im Einzelfall mit AG abzustimmen.

## 17 ABTRETUNG, ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT

- 17.1 AG darf mit Zustimmung des Auftragnehmers die vertraglichen Rechte und Pflichten ganz oder teilweise an Dritte übertragen. Der Auftragnehmer wird dieser Übertragung dann zustimmen, wenn die Übertragung nicht zu einer wirtschaftlichen Schlechterstellung des Auftragnehmers führt und die Übertragung nicht an einen direkten Wettbewerber des Auftragnehmers erfolgt.
- 17.2 Abtretungen sowie sonstige Übertragungen von Rechten und Pflichten des Auftragnehmers außerhalb des Anwendungsbereichs des § 354 a HGB sind ausgeschlossen. Ausnahmen hiervon bedürfen der schriftlichen Zustimmung des AG.
- 17.3 Aus Vertragsverhältnissen mit AG kann der Auftragnehmer in diesem Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht nicht geltend machen, sofern die Gegenforderung nicht unbestritten, zur Feststellung entscheidungsreif oder rechtskräftig festgestellt ist.

## 18 PFLICHTEN NACH BEENDIGUNG

Der Auftragnehmer wird die ihm möglichen Handlungen vornehmen, um die ununterbrochen fortgesetzte Erbringung der Vertragsleistungen nach Beendigung ihrer Nutzung (z.B. durch Übertragung strukturierter Daten aus verkaufter Software in ein Nachfolgesystem) durch AG oder einen Dritten zu ermöglichen. Dies umfasst insbesondere die Pflicht, Erfahrungswerte, Fachwissen und Erkenntnisse im Zusammenhang mit der bisherigen Leistungserbringung AG oder dem Dritten zur Verfügung zu stellen und im Übrigen bei der Überleitung der Vertragsleistungen mitzuwirken. Im Gegenzug verpflichtet sich AG, dem Auftragnehmer dafür eine angemessene Vergütung nach den zuletzt zwischen den Parteien vereinbarten Regeln je nach Aufwand zu leisten. Ist keine Vergütung für die jeweils erforderlichen Leistungen vereinbart, gilt die angemessene Vergütung.

## 19 GEHEIMHALTUNG

- 19.1 Der Auftragnehmer wird alle Informationen, die ihm AG im Zusammenhang mit dem Vertrag zugänglich macht („Vertrauliche Informationen“), uneingeschränkt vertraulich behandeln und ausschließlich zur Erfüllung des Vertrages verwenden.
- 19.2 Soweit sich unter Vertraulichen Informationen personenbezogene Daten befinden, gelten die Regelungen der Ziffer 21 vorrangig.
- 19.3 Der Auftragnehmer wird nur solchen Mitarbeitern und Dritten Zugang zu Vertraulichen Informationen des AG gewähren, die mit der Leistungserbringung im Rahmen dieses Vertrages betraut sind und sich in gleicher Weise zur Geheimhaltung verpflichtet haben. Die Weitergabe der Verpflichtung hat der Auftragnehmer AG auf Verlangen nachzuweisen.
- 19.4 Alle vom AG übergebenen Informationen bleiben Eigentum des AG. Gleiches gilt für Kopien, auch wenn sie vom Auftragnehmer angefertigt werden. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Informationen, Kopien oder Datenträgern besteht nicht.
- 19.5 Der Auftragnehmer unterrichtet den AG unverzüglich bei allen Anzeichen für einen Verstoß gegen Regelungen dieser Ziffer 19.
- 19.6 Die Pflichten aus dieser Ziffer 19 werden von der Beendigung des Vertrages nicht berührt.
- 19.7 AG kann ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten gemäß diesem Abschnitt „Geheimhaltung“ innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt. Sonstige Rechtsfolgen solcher Pflichtverletzungen bleiben unberührt.

## 20 SICHERSTELLUNG DER DISKRIMINIERUNGSFREIEN VERWENDUNG VON INFORMATIONEN LAUT § 6 A ENWG

- 20.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, wirtschaftlich sensible und wirtschaftlich vorteilhafte Informationen aus dem Einflussbereich vom AG, von denen er im Rahmen der Durchführung des Auftrags Kenntnis erlangt und die von kommerziellem Interesse für Energievertriebs-, Handels-, Gewinnungs- oder Erzeugungsorganisationen bzw. -unternehmen sein können, nicht weiterzugeben.

Vertraulich zu behandeln sind insbesondere:

- » Anschriften und Lastgangdaten von Anschlusskunden,
- » Namen von liefernden Händlern,
- » Informationen über die Wechselbereitschaft von Anschlusskunden,
- » Informationen über das Anschlussinteresse von potentiellen Kunden,
- » Informationen über Netzausbau- und Erschließungsmaßnahmen,
- » Informationen über inaktive Hausanschlüsse,
- » Informationen über Wirtschaftlichkeitskriterien für die Beurteilung von Anschlüssen und Netzausbauten.

- 20.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Arbeitnehmer ausdrücklich auf diese Verpflichtungen hinzuweisen und sie entsprechend zu verpflichten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin, im Rahmen seines Auftrags eingesetzte Subunternehmer zur Einhaltung § 6 a EnWG zu verpflichten.
- 20.3 Die Regelungen der Abschnitte 19 und 21 bleiben unberührt.

---

## 21 DATENSCHUTZ, KONZERNWEITE BESCHAFFUNG

- 21.1 AG verarbeitet die vom Auftragnehmer im Zusammenhang mit diesem zwischen AG und dem Auftragnehmer bestehenden Vertragsverhältnis überlassenen personenbezogenen Daten von Mitarbeitern des Auftragnehmers und sonstigen Daten (zusammen „Daten“) zum Zwecke der Begründung, Durchführung und Beendigung des Vertragsverhältnisses.
- 21.2 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses wird AG die für dieses Vertragsverhältnis relevanten Daten für die Dauer gesetzlicher Aufbewahrungspflichten speichern und nach deren Ablauf löschen. Ausgenommen sind die gemäß nachstehendem Absatz 3 vom AG gespeicherten personenbezogenen Daten von Mitarbeitern des Auftragnehmers.
- 21.3 Die vom Auftragnehmer überlassenen personenbezogenen Daten von Mitarbeitern des Auftragnehmers werden durch AG solange in einer Datenbank gespeichert und zum Zwecke der Vornahme möglicher weiterer Bestellungen vom AG beim Auftragnehmer verwendet, bis Auftragnehmer oder AG an einer weiteren Geschäftsbeziehung nicht mehr interessiert sind. Der Auftragnehmer wird AG informieren, falls an einer weiteren Geschäftsbeziehung mit dem AG kein Interesse mehr besteht.

---

## 22 INFORMATIONSSICHERHEIT

Um dem Schutz von Vertraulichkeit und Integrität von Informationen und mit ihnen verbundenen Ressourcen und Methoden gerecht zu werden, verpflichtet sich der Auftragnehmer, die in der Anlage „Verpflichtung zur Informationssicherheit“ zu der Bestellung beschriebenen Anforderungen, Angaben und Verpflichtungen zur Informationssicherheit einzuhalten.

---

## 23 AUDITRECHTE

- 23.1. Der Auftragnehmer räumt AG das Recht ein, jederzeit nach Ankündigung mit einem Vorlauf von mindestens 10 Werktagen (am Standort des Personals des Auftragnehmers, dessen Unterstützung AG für die Prüfung benötigt) zu üblichen Geschäftszeiten und ungehindert zu prüfen, ob
- 23.1.1 die Datenverarbeitung durchgeführt wird entsprechend den
- 23.1.2 datenschutzrechtlichen Bestimmungen,
- 23.1.3 Regelungen dieses Vertrages sowie
- 23.1.4 Weisungen durch AG
- 23.1.5 das Design und der Betrieb der Vertragsleistungen den Anforderungen der IT Security entspricht,
- 23.1.6 das Design und der Betrieb der Vertragsleistungen den Anforderungen des dienstleistungsbezogenen internen Kontrollsystems entspricht.
- 23.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die den AG hierbei im erforderlichen Umfang zu unterstützen, insb.
- 23.2.1 die notwendigen Informationen zeitgerecht zur Verfügung zu stellen,
- 23.2.2 die Prüfung durch die Bereitstellung fachkundiger und aussagefähiger Mitarbeiter zu unterstützen,
- 23.2.3 alle hierzu erforderlichen Handlungen vorzunehmen und
- 23.2.4 die notwendigen Zugangs-, Zutritts- und Zugriffsrechte zu gewähren.
- 23.3 Auch die Dokumentation der Prüfergebnisse vor Beginn und während der Vertragsleistung wird vom Auftragnehmer geduldet und unterstützt.
- 23.4 Jede Partei trägt den aus den Prüfungen erwachsenden eigenen Aufwand selbst.
- 23.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem AG die vorgenannten Prüfungen auch bei den gemäß Ziffer 15 eingesetzten Subunternehmern entsprechend zu ermöglichen.

---

## 24 VERÖFFENTLICHUNG, WERBUNG

Eine Bekanntgabe der mit AG bestehenden Geschäftsbeziehungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Dies gilt auch für die Veröffentlichung von Daten, die im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis mit dem AG stehen.

**25 GERICHTSSTAND, VERTRAGSSPRACHE, ANWENDBARES RECHT, FEIERTAGE, SCHRIFTFORM**

- 25.1 Der Gerichtsstand ist Wolfsburg.
- 25.2 Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980.
- 25.3 Die Vertragssprache ist abhängig von der Sprache der jeweiligen Bestellung Deutsch. Entsprechend gelten auch Allgemeine Geschäftsbedingungen vom AG ausschließlich in der jeweiligen Vertragssprache. Sonstige Übersetzungen sind für die Auslegung unbeachtlich.
- 25.4 Wenn in diesem Vertrag auf Feiertage verwiesen wird, sind ausschließlich deutsche bundeseinheitliche Feiertage relevant.
- 25.5 Als Schriftform im Sinne des Vertrages ist neben der gesetzlich vorgesehenen eigenhändig unterzeichneten Urkunde auch ein elektronisch signiertes elektronisches Dokument zulässig, bei dem durch ein digitales Protokoll der Dokumenthistorie (Abschlusszertifikat) des Anbieters sichergestellt wird, dass der Unterzeichner identifizierbar und eine nachträgliche Veränderung der Daten erkennbar ist.